

Sallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 202.

1909. Nr. 58.

Zweite Ausgabe

Einzelgebühren f. d. schlagpaltene Belegteile oder deren Raum i. Halle u. den Umkreis 20 Pf., außerhalb 30 Pf., Resten am Ende des reaktifizierten Zeitls die Halle 100 Pf., Zeitungen-Räume b. d. Expedition in Halle o. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Unterhaus, Telefon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Gr. V. 1909/10. Verantwortl. Dr. Walter Weisenleben in Halle a. S.

Donnerstag, 4. Februar 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telefon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Zehle in Halle a. S.

Der nationale Zwist in Böhmen.

Die österreichische Regierung hat, wie gestern schon telegraphisch gemeldet, im Abgeordnetenhaus neue Gesetzentwürfe eingebracht. Sie betreffen erstens Regelung des Sprachgebrauchs bei den staatlichen Behörden im Königreich Böhmen und zweitens die Errichtung von Kreisregierungen im Königreich Böhmen sowie die hierzu notwendigen Veränderungen in der Organisation der politischen Verwaltung.

Der ergriffene Entwurf sieht 139 einprachige städtische, 95 einprachig deutsche und fünf zweiprachsige Bezirksgerichte vor. Erforderlich ist die Neueinrichtung von 14 Bezirksgerichten. Die einprachigen Behörden bedienen sich grundsätzlich ihrer Amtssprache. In der Amtssprache werden ferner die Eintragungen in öffentliche Bücher und Register vollzogen und erfolgen die amtlichen Bekanntmachungen. Auch die Amtssiegel richten sich nach der Amtssprache. Bei den zweiprachsigen Behörden erfolgt der Verkehr mit den Parteien in ihrer Sprache. Die deutsche Sprache ist anzuwenden für die in Angelegenheiten der benannten Stadt geführten Aufzeichnungen, für den Dienstverkehr mit den mütterlichen Behörden und der Behörden sowie im Verkehr mit den Behörden außerhalb Böhmens. Als Grundgesetz für die zweiprachsigen Behörden gilt, daß das Verhältnis der Volkszahl der beiden Volkstämme Böhmens ausschlaggebend ist. Eine Kommission hat die sprachliche Befähigung der Beamten festzustellen.

Beim Einbringen der Gesetzentwürfe ergriff Ministerpräsident Freiherr v. Wienert das Wort und führte etwa folgendes aus:

Sie stehen an einem überaus wichtigen Wendepunkt. Es muß sich entscheiden, ob der nationale Zwist in Böhmen, der auf das größte öffentliche Leben in Oesterreich, wie ein Ais drückt und nicht nur das politische Gelebe, sondern bereits Handel, Handel und bürgerliche Arbeit schwer lähmt, sich nie eine einzige Straßensperre festsetzen soll, oder ob wir seiner weitgehenden Lösung werden können, daß eine ungeheuerliche Verwaltung und ein dauerndes, erschöpfendes Zusammenarbeiten der Parteien im Parlament und Regierung ermöglicht wird. In der Ueberzeugung, daß nur ein Geleit den Frieden bringen kann, daß die Arbeit und Ungeheuerlichkeit des Gelebes, die die Staatsverwaltung und wirtschaftliche Interaktionen treten muß, auf die Regierung die Gesetzgebung als unantastbare Schiedsrichter auf, indem sie zunächst eine Wahrung des öffentlichen Gelebes dadurch versucht hat, daß sie das öffentliche Gelebe, das zugleich das öffentliche Gelebe ist. Denn die Fragen, um die es sich in den vorliegenden Gesetzentwürfen handelt, sind zur Entscheidung weitlich reif. Es gibt keine unvereinbaren Gegenstände mehr, es bedarf nur des Willens zum Frieden, um dieses erhabene Ziel zu erreichen. Die Vorklagen der Regierung bilden schließlich die ganze Bilanz der bisherigen nationalen Kämpfe in Böhmen, sie bringen an den gesamten Ergebnissen der bisherigen Annäherungsversuche zwischen den nationalen Parteien. Da, wo sie noch eine Lücke fand, hat die Regierung selbst die rechte Mitte gefunden, um zu ermöglichen, daß sich die Parteien auf dem Boden des gemeinsamen Interesses zum Wohlgefallen des Gelebes endlich die Hände reichen. Sie durch die Gelebe annehmbar Wege im Parlament unter allen Umständen befreit als die bisherige Regierbarkeit. In mitten einer von Gefahren immer noch nicht freien internationalen Lage, angelehnt großzügiger, von der Bevölkerung schließlich erwarteter gesetzgeberischer Aufgaben brauchen wir heute mehr denn je eine Zusammenfassung aller ansehenden und fähigen Kräfte im Parlament, die am fähigsten sind, die Gelebe zu werden wieder durch eine unmittelbare Mitwirkung der Parteien an der Regierung. Es ist klar, daß die parlamentarischen Parteien, die sich durch Herstellung des nationalen Friedens so große Verdienste erworben haben, auch ihren Anspruch auf eine unmittelbare Mitbestimmung des Staatswesens begründen haben. Wird dieser Erfolg erreicht, so wird er diesem Sinne des allgemeinen Wohls zu Ehren, den österreichischen Völkern zu Nutzen und dem Vaterlande zum Segen gereichen.

Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse.

Dem Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf zugegangen, durch den das Grundkapital der Zentralgenossenschaftskasse auf 75 Millionen Mark gebracht, als um 25 Millionen Mark erhöht werden soll. Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse ist auf Grund des Gesetzes betreffend die Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Vertriebs vom 1. Oktober 1895 mit einem Grundkapital von 5 Millionen Mark ins Leben getreten. Ihr Grundkapital wurde aus Staatsmitteln durch die Gelebe von 8. Juni 1896 und vom 20. April 1898 zunächst auf 20, dann auf 50 Millionen Mark erhöht.

Die Kasse begann ihren Geschäftsbetrieb mit 11 Verbandsstellen mit 786 Genossenschaften und 83 000 Mitgliedern. Am 31. März 1898 erstreckte sich ihr Geschäftsbereich auf 42 Verbandsstellen mit 6279 Genossenschaften und rund 543 000 Mitgliedern, am 31. März 1907 auf 53 Verbandsstellen mit 14 633 Genossenschaften und 1 439 000 Mitgliedern. Zu derselben Zeit ist die Zahl der in Preußen vorhandenen Genossenschaften von rund 5000 auf rund 8000 im Jahre 1898 und rund 14 000 im Jahre 1907 gewachsen.

Zur Umfassung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse ist von rund 141 Millionen Mark im ersten (letzten) Geschäftsjahre auf rund 1987 Millionen Mark im Jahre 1898,

auf circa 12 278 Millionen Mark im Jahre 1905 gestiegen und hat seitdem eine weitere beträchtliche Zunahme erfahren. Der Reservefonds hat bis zum 31. März 1907 den Stand von rund 4 540 000 Mk. erreicht.

Aus kleinen Anfängen heraus hat sich also die Anstalt innerhalb 12 Jahren zu einem wichtigen Gliede des heimischen Wirtschaftswesens entwickelt. Die jetzt angeforderte Erhöhung des Grundkapitals um 50 v. H. soll dazu dienen, die höheren Ansprüche zu befriedigen, die sich aus der allmählichen Zunahme und dem steigenden Geschäftsumfange des Handwerker-genossenschaftswesens ergeben werden.

Aus der preussischen Einkommen-Statistik.

Nach den jedoch veröffentlichten Hauptergebnissen der Einkommensteuerveranlagung in Preußen für 1908 befaßt sich die zur Einkommensteuer veranlagte Bevölkerung bereits auf 47,6 v. H. der Gesamtbevölkerung. Das heißt beinahe die Hälfte der preussischen Bevölkerung mit Einschluß ihrer Angehörigen errentet sich eines Einkommens von über 900 Mark. Im Jahre 1896 waren nur 29,3 v. H. und auch 1907 nur erst 44,5 v. H. veranlagte Personen vorhanden. Das Durchschnittseinkommen dieser Bevölkerung betrug 1908: 2177 Mk. Es ist gegen das Vorjahr mit einem Durchschnittseinkommen von 2182 Mk. gestiegen. Auch im Jahre 1892 war es höher, nämlich 2342 Mk. Demnach ist ein Rückgang des durchschnittlichen Einkommens eingetreten. Aus diesem Umstände darf aber keineswegs auf einen Rückgang der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung geschlossen werden, denn da von Jahr zu Jahr (wie wir gesehen haben, seit 1892 um fast 20 v. H.) die Zahl der Steuerpflichtigen fast ungenügend und diese Zunahme begrifflichweise sich hauptsächlich auf die untersten Einkommensstufen erstreckt hat, erklärt sich der Rückgang des Durchschnittseinkommens ganz von selbst. Die Durchschnittsrate verringert sich aber desto mehr und unter sonst günstigen Umständen, je mehr Personen daran partizipieren.

Die Witwen von Radbod.

In Gamm hat kürzlich eine Protektionssammlung von Frauen, welche ihre Männer bei der Radbod-Katastrophe verloren haben, stattgefunden. Darüber berichtet der „Vorwärts“.

Am Namen der Hinterbliebenen erklärten die Witwen Stranzjan und Osterwinter, daß sie mit dem geplanten Verteilungsmodus, wonach Witwen und Kinder gleiche Summen erhalten und für letztere Sparfassenbänder angelegt werden sollen, nicht einverstanden sind. Die Witwen sind nach wie vor der Meinung, daß durch die Spenden von Geld und Land gewährt werden sollen, daß demzufolge jeder Witwe mindestens der dreifache Betrag dessen übergeben werde, was für die Kinder angelegt werden soll. Sie fordern ferner die Selbstverwaltung der für die Kinder angelegten Sparfassenbänder und vertritt sich eine allzu große Bevormundung. Mit den 22 bis 27 Mark Sparfassenbänder im Monat könnten sie nicht leben, daher sei ihre Forderung berechtigt. Sie wollten nur Recht und nicht Geld.

Die Forderungen der Witwen wurden jedoch in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, in der es heißt:

Die Witwenversammlung spricht ihr Mißfallen darüber aus, daß noch immer keine Leute ihres Vertrauens zum Verteilungsausschuss zugezogen wurden. Die Versammlung erucht darum mit allem Nachdruck, sechs Witwen und je einen Vertreter der freien, arbeitslosen, polnischen und Dörflichen Arbeitervereine zuzuziehen. Zunächst erucht die Versammlung das Ausschussmitglied einzustellen, jeder Witwe einen größeren Betrag als vorläufige Abschlagssumme zu zahlen und darauf zu drängen, daß die Unterzahlungen bald in zufriedenstellender Weise geregelt wird.

Hierzu muß bemerkt werden, daß den Witwen von Radbod schon sehr bald nach dem Unglück namhafte Beiträge ausgehört worden sind. Auch der Weisungen werden aus der Millionenende Beträge gewährt, die es zu ermöglichen, daß sich, wie uns berichtet wird, eine Radbod-Witwe eine bedeutende Ausgabe für Heiderkuren gestatten konnte. Bei zünftiger Verwaltung der erhaltenen Summen würden die Witwen ein absolut sorgenloses Dasein führen können. Die Bezugnahme auf die 22 bis 27 Mk. Sparfassenrente läßt die Tatsachen in folgendem Lichte erscheinen. Es ist auch charakteristisch, daß diese Witwen nicht daran denken, durch der eigenen Hände Arbeit sich etwas zu verdienen. Von ihrer Gesinnung und Denkweltung ist ein eigenartiges Zeugnis ab, daß sie sich gegen die pentamäre Gleichstellung mit ihren eigenen Kindern wehren, insbesondere gegen die Anlegung von Sparfassenbändern für sie. Das geschieht natürlich aus dem Grunde, weil man weiß, daß es mit der mütterlichen Fürsorge dieser Witwen außerordentlich dürftig bestellt ist und daß auch die für die Erziehung der Kinder gesammelten Gelder sehr bald verausgabt wären, wenn sie diesen Müttern überliebert würden. Wenn der Beweis dafür nicht schon durch die bisherigen Vorgänge erbracht wäre, so würde diese Protektionssammlung völlig befähigen, was uns kürzlich verhandelt wurde: Die Radbod-Witwen sind leichtgläubig und haben wenig Pflichtenbewußtheit. Wollte man ihr Ver-

halten in den Protektionssammlungen zurechtfinden, so würde man im Widerspruch mit Unerschämtheit nicht herankommen. Man unterliegt gewiß gern alle Glenden und Unglücksfällen, aber gerade deshalb sollten diese Witwen doch endlich darauf hingewiesen werden, daß die reichen Spenden lediglich die e b e n e darstellen. Einen Protest gegen Liebesgaben beantwortet man durch deren Ablehnung; hat dieser verlangen die Witwen, über die Verteilung fremder Gelder selbst diskutieren zu können. Und der „Vorwärts“ mit seiner herrlichen Moral unterstützt die fürstlichen Frauen noch in ihrer gänzlich falschen Auffassung. Güt sozialdemokratisch!

Vom Balkan.

Die Note, in der als erste Bedingung für die Wiederaufnahme der Verhandlungen der Türkei mit Bulgarien verlangt wird, daß letzteres keine Mobilisierung rückgängig mache, ist dem in Konstantinopel erscheinenden „Kösem“ zufolge am 2. c. den türkischen Vorgesetzten in Konstantinopel zugestellt worden.

„Kösem“ sagt ferner, der von Rußland beantragte Zahlungsmobus sei ein Fremdenhaß, den Rußland seiner Erklärung nach zur Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei unternehmen habe. Die Worte sei sich über den Vorschlag noch nicht schlüssig geworden, und es sei noch kein Anzeichen vorhanden, ob sie ihn annehmen werde oder nicht. — Das Blatt „Saurai Inmet“ führt in einem Leitartikel aus, der Schrift Rußlands sei zweifellos günstig aufgenommen, da es das gute Einverständnis zwischen Rußland und der Türkei stärken und der Erhaltung des Friedens dienlich war, nur müsse man die Absichten nicht vergessen, welche Rußland hege. Biswilski und die russischen Diplomaten hätten bisher in der Balkanfrage keinen Erfolg erreichen können, man sagt, daß sie von Rechenhaftigkeit werden seien und deshalb durch diesen Vorschlag ihre Widerlegen befehlen müssen wollen. Rußland diene nur dem Panislausismus und wolle daher Bulgarien neuerdings verpflichten. Man müsse abwarten, wie Bulgarien den Vorschlag aufnehmen werde.

Die türkische Deputiertenkammer sei in ihrer Sitzung am Mittwoch die Erörterungen über das in a e s d o n i s c h e Handenwesen fort. Nach längerer Diskussion wurde eine Tagesordnung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, für eine Währungsreform zur Unterdrückung des Bandenwesens zu ergreifen und einen Gesetzentwurf zur Lösung der Kirchenfrage auszubringen.

Bei Reaktionsfähigkeit läuft noch folgende Meldung aus Petersburg ein: In einigen Blättern des Auslandes sind über Rußlands Vorschlag, die finanzielle Vermittlung im türkisch-bulgarischen Konflikt zu übernehmen, Betrachtungen angeführt worden, wobei auf die angeblich vorhandene Absicht der russischen Regierung hingewiesen wurde, diese Vermittlerrolle zur Verwirklichung ihrer besonderen politischen Pläne, beispielsweise zur Lösung der Meerengenfrage zu Gunsten Rußlands auszunutzen. Die Petersburger Telegraphen-Agentur ist ermächtigt, aufs allerenergigste zu erklären, daß der genannte Vorschlag lediglich die Erhaltung des Friedens bezweckt und daß die russische Regierung keineswegs beabsichtigt ihn mit irgend welcher Forderung in der Meerengenfrage, noch überhaupt mit irgend welchen anderen besonderen Zielen zu verknüpfen.

Deutsches Reich.

Der Zwischenfall mit Liberia. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt unterm 3. Februar: Wie aus Monrovia telegraphisch gemeldet wird, hat die Regierung von Liberia wegen der Befehigung des Hamburger Dampfers „Marie Wernmann“ offiziell um Entschädigung gebeten und zugesichert, durch entsprechende Anweisung des Kommandanten des liberianischen Zollkreuzers „Carl“ dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß solche Vorkommnisse in Zukunft vermieden werden. Durch diese entgegenkommende Erklärung der Regierung in Monrovia ist der wiederholte Zwischenfall in befriedigender Weise erledigt.

Der Reichstag. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der Kaiser nahm Mittwoch vormittag im Schloße die Vorträge des Reichsanzeigers, des Staatssekretärs des Innern und des Chef des Zivilkabinetts entgegen.

Die Feier des Eintritts des Kaisers zum preussischen Dienst in das 1. Leibarbeits-Regiment zu Fuß, die alljährlich am 9. Februar, dem Eintrittstage in Gegenwart des Kaisers begangen wird, findet nach der neuen politischen Correspondenz in diesem Jahre im Regimentsschauspiel des genannten Regiments zu Potsdam schon am Samstag, den 6. Februar, statt, da das einjährige Königsgarn am 9. Februar in Berlin eintritt. An dieser Feier nehmen viele ehemalige Offiziere des Regiments, auch Fürstlichkeiten, die im Regiment Dienst getan haben, teil. Im vergangenen Jahre wurde diese Feier in Folge des Ablebens des Herzogs von Sachsen-Altenburg, der a la suite des Regiments geführt wurde, auf einen späteren Zeitpunkt verlegt.

Der erste große Schuß bei den Wahlen begann Mittwoch abend 8 1/2 Uhr im Weichen Saal und den ersten Fronten des königlichen Schloßes zu Berlin.

* Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg hielt gestern auf Einladung des Handelsgeographischen Vereins im dichtgefüllten Saale des Museums zu Stuttgart einen Vortrag über seine Durchquerung Afrikas, dem auch der König von Württemberg beiwohnte.

Wästen in Messina und Catania. Es ist leider sehr unmöglich...
Die Wästen sind...
Die Wästen sind...
Die Wästen sind...

Das Haupt der Fährverbindungen.
Die Fährverbindungen...
Die Fährverbindungen...
Die Fährverbindungen...

Die amerikanische Flotte.
Die amerikanische Flotte...
Die amerikanische Flotte...
Die amerikanische Flotte...

Börse- und Handelsnotizen.
Die Börse...
Die Börse...
Die Börse...

Proving Sachsen und Umgebung.
Die Proving...
Die Proving...
Die Proving...

Die Schatzkammer...
Die Schatzkammer...
Die Schatzkammer...
Die Schatzkammer...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

Die Veranlagung der Deutschen Nationalbank...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...
Die Veranlagung...

